

FRANK ROSENKRANZ

Die Beschränkung
der Rückwirkung von
Entscheidungen des
Europäischen Gerichtshofs

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

337

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

337

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Frank Rosenkranz

Die Beschränkung der Rückwirkung
von Entscheidungen des
Europäischen Gerichtshofs

Mohr Siebeck

Frank Rosenkranz, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder); Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum; Referendariat am Oberlandesgericht Hamm mit Stationen in Bochum, Dortmund, Düsseldorf und Tel Aviv (Israel); 2009–14 Promotionsstudium an der Ruhr-Universität Bochum; 2011 Forschungsaufenthalt an der Harvard Law School; seit 2014 Akademischer Rat a.Z. an der Ruhr-Universität, Bochum.

e-ISBN PDF 978-3-16-153662-5

ISBN 978-3-16-153647-2

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Mohr Siebeck, Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Für Julia

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2014 von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung sind Rechtsprechung und Literatur noch bis Ende 2014 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Karl Riesenhuber, M.C.J., der mich über viele Jahre auf mannigfaltige Weise unterstützt und gefördert hat. Prof. Dr. Wolfram Cremer danke ich für weiterführende Hinweise im äußerst zügig erstellten Zweitgutachten, Prof. Dr. Fabian Klinck und Prof. Dr. Florian Mösslein, LL.M. für die zahlreichen Anregungen sowie die gewährte Unterstützung. Prof. Gráinne de Búrca, die durch ihre Einladung einen Forschungsaufenthalt an der Harvard Law School ermöglicht hat, danke ich für die freundliche Aufnahme und ihre Gesprächsbereitschaft.

Den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow, LL.M., Prof. Dr. Holger Fleischer, LL.M., und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann bin ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe der „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“ ebenso zu Dank verpflichtet.

Die Arbeit wurde gefördert durch Stipendien des Bucerius Jura Programms und der Wilhelm und Günter Esser-Stiftung sowie den Aulinger-Preis 2014.

Mein herzlicher Dank gilt darüber hinaus meiner Familie, meinen Freunden und meinen Lehrstuhlkollegen, die auf unterschiedlichem Wege alle ihren Anteil am Gelingen dieses Projekts hatten.

*Frank Rosenkranz
Bochum, Juli 2015*

Inhaltsübersicht

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXVII
Teil 1: Einführung	1
§ 1 <i>Überblick über die Rechtsprechung zur Rückwirkungsbeschränkung</i>	3
Teil 2: Grundlagen	9
§ 2 <i>Instrumente für Vertrauensschutz gegen Rechtsprechung</i>	9
§ 3 <i>Theoretische Grundlagen der Rückwirkung von Rechtsprechung</i>	16
§ 4 <i>Übertragbarkeit der Lehre von der Rückwirkung von Gesetzen?</i>	98
Teil 3: Materiellrechtliche Fragestellungen	112
§ 5 <i>Die Kompetenzgrundlagen für die Bestimmung der zeitlichen Wirkungen</i>	112
§ 6 <i>Der Tatbestand der Rückwirkungsbeschränkung</i>	130
§ 7 <i>Die Rechtsfolgenbestimmung der Rückwirkungsbeschränkung</i>	293
§ 8 <i>Besonderheiten für EuG und Fachgerichte</i>	380

§ 9 Auswirkungen der Rückwirkungsentscheidung auf die anderen Unionsorgane	388
Teil 4: Prozessrechtliche Fragestellungen	397
§ 10 Allgemeines zur Rückwirkungsbeschränkung im Prozess vor dem EuGH.....	397
§ 11 Das Erfordernis eines „Antrags“	405
§ 12 Darlegung und Beweis der Tatbestandsvoraussetzungen	417
Teil 5: Rückwirkungsbeschränkung und mitgliedstaatliches Recht.....	428
§ 13 Grundlagen.....	429
§ 14 Rechtssicherheit und Vertrauensschutz als nationalverfassungsrechtliche Integrationsbeschränkung?.....	442
§ 15 Unmittelbar anwendbares Unionsrecht.....	450
§ 16 Mittelbar anwendbares Unionsrecht, insbesondere richtlinienkonforme Auslegung	479
§ 17 Staatshaftung als Ausgleich für enttäushtes Vertrauen?	497
Teil 6: Zusammenfassung der Ergebnisse	515
<i>Anhang I: Übersicht zu den Entscheidungen zur Rückwirkungsbeschränkung.....</i>	<i>519</i>
<i>Anhang II: Neue Rechtsakte bei Gefahr von Regelungslücken</i>	<i>528</i>
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>531</i>
<i>Sachregister</i>	<i>575</i>

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Inhaltsübersicht</i>	IX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXVII
Teil 1: Einführung	1
§ 1 <i>Überblick über die Rechtsprechung zur Rückwirkungsbeschränkung</i>	3
A. Nichtigerklärung und Ungültigkeitsfeststellung	3
B. Auslegung von Primär- und Sekundärrecht	5
C. Andere Verfahrensarten	6
D. Zahlen zur Rückwirkungsbeschränkung	7
Teil 2: Grundlagen	9
§ 2 <i>Instrumente für Vertrauensschutz gegen Rechtsprechung</i>	9
A. Gar keine Berücksichtigung von Vertrauen und getätigten Investitionen	9
B. Berücksichtigung von Vertrauen in der Rechtsprechung	9
I. Rechtssicherheit durch Ausschluss der Rechtsprechungsänderung ..	10
II. Modifikation des Norminhalts oder der Normwirkungen	10
1. Modifikation des Norminhalts	10
2. Modifikation der Normwirkungen	10
III. Modifikation der Urteilstwirkungen	11
IV. Änderungsankündigung	11
V. Berücksichtigung in anderen Rechtsinstituten oder Normen	12
1. Rechtsbereiche	12
a) Privatrecht	13
b) Strafrecht	13

c) Öffentliches Recht	14
2. Mindestanforderungen	14
C. Möglichkeiten des EuGH für unionsrechtlichen Vertrauensschutz	14
§ 3 <i>Theoretische Grundlagen der Rückwirkung von Rechtsprechung</i>	16
A. Funktionen der Rechtsprechung im Unionsrecht	16
B. Tatsächlicher Vergangenheitsbezug von Rechtsprechung	17
C. Die Bindungswirkung von EuGH-Entscheidungen.....	19
I. Nachrangigkeit der Rechtsquelleneigenschaft.....	20
II. Keine Selbstbindung des EuGH.....	21
III. Unwirksamkeitsverfahren.....	22
1. Nichtigkeitsklage nach Art. 263 f. AEUV	22
2. Ungültigkeitsvorabentscheidung nach Art. 267 Abs. 1 lit. b) Alt. 1 AEUV	23
3. Inzidentrüge nach Art. 277 AEUV	25
IV. Auslegung und Auslegungsvorabentscheidung	26
1. Rechtskraftwirkungen der Auslegungsvorabentscheidung nach Art. 267 Abs. 1 lit. b) Alt. 2 AEUV	26
2. Allgemeine Bindungswirkung der Auslegung	27
a) Verfahrensunabhängigkeit der Bindungswirkung	27
b) Diskussion von Inhalt und Geltungsgrund der Bindungswirkung	28
aa) Bindung des Gerichts (ehemals Gericht erster Instanz)	28
bb) Letztinstanzlich entscheidende nationale Gerichte	29
cc) Nicht-letztinstanzlich entscheidende nationale Gerichte	30
V. Gegenstand der Bindungswirkung	37
VI. Sonstige Verfahrensarten.....	39
D. Grundsätzliche Rückwirkung von Auslegung und Rechtsfortbildung.....	39
I. Auslegung	40
1. Auslegung im Unionsrecht.....	40
2. Zeitliche Wirkung der Auslegung	45
a) Verfahrensunabhängiger Auslegungsvorgang	46
b) Erste Auslegung	47
aa) Natur der Sache/Wesen der Rechtsprechung	47
bb) Anwendungsbefehl.....	48
cc) Gleichheitssatz und Präjudizwirkung	50
dd) Richtigkeit der Auslegung und des Ergebnisses	52
ee) Deklarationstheorie vs. Dezisionstheorie.....	53
ff) Ziel der Auslegung	55

gg) Entscheidungserheblichkeit und kein Wert als Präjudiz	57
hh) Rechtsverweigerung	59
ii) Gesetzgebergleiche Zukunftsorientierung	60
jj) Rechtsprechung ohne Zukunftsbezug	61
kk) Zwischenergebnis.....	62
c) Bestätigende Zweitauslegung	62
II. Rechtsprechungsänderung (ändernde Zweitauslegung) und Rechtsänderung	63
1. Rechtsprechungsänderung im Unionsrecht.....	63
a) Keine absolute Selbstbindung des EuGH.....	64
b) Wenige ausdrückliche Rechtsprechungsänderungen	64
c) Keine besonderen Voraussetzungen.....	65
aa) Prozessuale Voraussetzungen einer Überprüfung der Rechtsprechung	65
bb) Materielle Voraussetzungen einer Rechtsprechungs- änderung	66
d) Keine Notwendigkeit von besonderen Voraussetzungen	68
2. Stellungnahmen des Gerichtshofs.....	69
a) Die Rechtssache C-308/93 <i>Cabanis-Issarte</i>	70
b) Die Rechtssachen C-184/99 <i>Grzelczyk</i> und C-209/03 <i>Bidar</i>	70
c) Die Rechtssache T-334/94 <i>Sarrió</i>	71
3. Differenzierung nach dem Grund der Rechtsprechungs- änderung	72
a) Bessere Rechtserkenntnis	72
b) Rechtserheblicher Wandel (Rechtsänderung).....	73
c) Auswirkungen	74
4. Gleichbehandlung der Rechtsänderung bei erster Auslegung	75
III. Rechtsfortbildung	75
1. Rechtsfortbildung im Unionsrecht.....	75
2. Zeitliche Wirkung	77
E. Grundsätzliche Rückwirkung der Unwirksamkeit	79
I. Keine rechtsordnungsübergreifende Aussage aus Rechtstheorie oder Rechtslogik.....	79
II. Kein <i>ipso iure-lex tunc</i> -Nichtigkeitsdogma im Unionsrecht.....	82
1. Keine Ableitung aus den prozessualen Regelungen.....	82
a) Nichtigkeitsklage nach Art. 263 f. AEUV.....	82
b) Ungültigkeitsfeststellung nach Art. 267 Abs. 1 lit. b) AEUV	83
c) Inzidenträge nach Art. 277 AEUV und Einrede der Rechtswidrigkeit.....	84

d) (Partielle) Unanwendbarkeit nach Art. 267 Abs. 1 lit. a), b) AEUV	84
e) Zwischenergebnis	85
2. Keine Ableitung aus der Bindungswirkung eines Urteils.....	85
3. Keine Ableitung aus der Rückwirkung der Auslegung	86
4. Keine Ableitung aus Prinzipien des materiellen Unionsrechts ...	87
5. Erfordernis einer konstitutiven und rückwirkenden Aufhebungsentscheidung	90
6. Die Bedeutung der Lehre von den Nichtakten	91
III. Ergebnis für das Unionsrecht.....	91
F. Zeitliche Wirkung in sonstigen Verfahrensarten	92
I. Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 ff. AEUV	92
II. Untätigkeitsklage nach Art. 265 f. AEUV.....	93
G. Das Prinzip der Rechtssicherheit als Grundlage der Rückwirkungs- beschränkung	93
I. Rechtssicherheit im Unionsrecht.....	94
II. Rechtssicherheit und Rechtsprechung	94
H. Schlussfolgerungen für die Beschränkung der Rückwirkung.....	96
 § 4 <i>Übertragbarkeit der Lehre von der Rückwirkung von Gesetzen?</i>	98
A. Das Rückwirkungsverbot bei unionsrechtlichen Legislativakten	98
I. Einführung	98
1. Anwendungsbereich.....	98
2. Auslegungsregel.....	99
II. Abgrenzung von echter und unechter Rückwirkung.....	99
III. Grundsätzliche Unzulässigkeit echter Rückwirkung	100
1. Erforderlichkeit der Rückwirkung	101
2. Beachtung individuellen Vertrauensschutzes.....	101
IV. Grundsätzliche Zulässigkeit unechter Rückwirkung	103
V. Besonderheit: Strafrecht	104
VI. Ausnahme für deklaratorische Vorschriften.....	104
B. Eingeschränkte Übertragbarkeit der Methodik der Legislativ- rückwirkung auf die Rechtsprechungsrückwirkung	105
I. Interpretative Vorschriften.....	105
II. Von den Schranken der Gesetzesrückwirkung zu den Schranken der Rechtsprechungsrückwirkung?	107
III. Übertragbarkeit einzelner Gedanken der Dogmatik	108
IV. Zusammenfassung	110

Teil 3: Materiellrechtliche Fragestellungen	112
§ 5 Die Kompetenzgrundlagen für die Bestimmung der zeitlichen Wirkungen	112
A. Nichtigkeitsklage, Art. 264 Abs. 2 AEUV	113
B. Ungültigkeitsvorabentscheidungsverfahren, Art. 264 Abs. 2 AEUV analog	115
I. Lücke	115
II. Vergleichbare Interessenlage	116
C. Inzidentrüge, Art. 277 AEUV	117
D. Auslegungsvorabentscheidungsverfahren	118
I. Art. 19 Abs. 1 UAbs. 1 S. 2 EUV in Verbindung mit dem Prinzip der Rechtssicherheit	119
II. Keine vorrangige Analogie zu Art. 264 Abs. 2 AEUV	120
1. Auslegungsentscheidung als „faktische Unanwendbarkeits- erklärung“ mitgliedstaatlichen Rechts	121
2. Sonderfall der Unanwendbarkeit von Unionsrecht unergiebig	122
3. Suspendierung des höherrangigen Rechts	124
III. Schweigende Anerkennung der Kompetenz zur Rück- wirkungsbeschränkung	124
E. Weitere Verfahrensarten	125
I. Vertragsverletzungsverfahren, Art. 258 ff. AEUV, und Untätigkeitsklage, Art. 265 f. AEUV	125
1. Äußerungen des Gerichtshofs	125
2. Stellungnahmen der Generalanwälte	126
3. Anwendbarkeit der Auslegungsrückwirkungsbeschränkung	127
II. Gutachtenverfahren, Art. 218 Abs. 11 AEUV	128
III. Einstweilige Anordnungen und Eilverfahren	129
F. Zusammenfassung	130
§ 6 Der Tatbestand der Rückwirkungsbeschränkung	130
A. Die Abwägung von Rechtssicherheit und „Objektivität des Rechts“	131
I. Der Grundsatz der Rechtssicherheit	131
II. Der Grundsatz der „Objektivität des Rechts“ im Unionsrecht	132
B. Auslegungsentscheidungen	133
I. Das Konnexitätsmerkmal	136
1. Inhalt und Begrifflichkeiten	136
2. Maßstab des EuGH und Möglichkeiten zu dessen Konkretisierung	137
3. Auswirkungen der Konnexität	143
4. Ablehnung eines eigenständigen Tatbestandsmerkmals	143

II. Der gute Glaube.....	145
1. Bezugspunkt und Inhalt des guten Glaubens	145
a) Bezugspunkt: „Unionsbestimmungen“.....	145
b) Inhalt: „objektive und bedeutende Unsicherheit“	147
aa) Normative Unbestimmtheit?.....	147
bb) Bestehen einer bestimmten Rechtslage.....	148
cc) „Neuheit“ der Rechtsprechung?	151
dd) Dogmatisch: Rechtliche Akzeptanz eines tatsächlichen Irrtums wegen Verhaltensverantwortlichkeit der Union	154
ee) Objektivierter und abstrakter Maßstab.....	157
ff) Vergleich zum Maßstab der Staatshaftung.....	159
c) Anforderungen an die Prognoseentscheidung	159
aa) Strenger Maßstab	160
bb) Relevanz der europarechtlichen Methodenlehre	160
cc) Insbesondere die Bedeutung des Wortlauts	162
2. Einzelne Abwägungskriterien.....	164
a) Rechtsfortbildung/Auslegung	165
b) Erste Auslegung/Rechtsprechungsänderung.....	166
c) Charakter der ausgelegten Rechtsnorm	167
aa) Primärrecht/Sekundärrecht	167
bb) Zwingendes Recht/Dispositives Recht.....	168
cc) Materielles Recht/Verfahrensrecht/Prozessrecht.....	168
d) Unterscheidung nach einzelnen Rechtsgebieten?	168
aa) Privatrecht.....	168
bb) Geschlechtsdiskriminierung	170
cc) Strafrecht	171
dd) Steuerrecht	171
ee) Beihilferecht	172
ff) Sonstige berücksichtigungsfähige Interessen.....	173
3. Vertrauensbegründendes Verhalten	173
a) Rechtsansichten der Unionsstellen als Vertrauensauslöser	174
b) Rechtmäßigkeit des vertrauensbegründenden Verhaltens/der Rechtslage?.....	176
c) Verhalten des Gerichtshofs (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 5 EUV).....	177
aa) Rechtsprechung des Gerichtshofs.....	178
(1) Allgemeine Erwägungen zum Vertrauen in Rechtsprechung	178
(2) Objektiv und subjektiv einschlägige Rechtsprechung – Rechtsprechungsänderung.....	179
(3) Nicht objektiv aber subjektiv einschlägige Rechtsprechung	182

(4) Objektiv einschlägige aber subjektiv nicht einschlägige Rechtsprechung	184
(5) Judikatives Unterlassen?	185
bb) Schlussanträge der Generalanwälte	186
d) Verhalten der Kommission (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 4 EUV)	186
aa) Tun	187
bb) Schweigen oder Untätigkeit	189
cc) Zusammenfassung	192
e) Verhalten des Rates (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 3 EUV)	193
f) Verhalten des Europäischen Parlaments (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 1 EUV)	194
g) Verhalten anderer Organe oder Stellen der Union	195
aa) Europäische Zentralbank (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 6 EUV)	195
bb) Rechnungshof (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 7 EUV)	195
cc) Europäischer Rat (Art. 13 Abs. 1 UAbs. 2 SpS. 2 EUV)	195
dd) Andere Einrichtungen der untergeordneten Organisationsstrukturen	196
(1) Beratender Ausschuss für die Mehrwertsteuer	196
(2) Sekundäre Organisationsstrukturen	197
(3) Agenturen	197
h) Verhalten der Mitgliedstaaten	197
i) Sonstige Rechtsansichten (Private, Verbände, Wissen- schaft, nationale Gerichte und Behörden)	200
j) Rangordnung der Verursacher	202
4. Ausschluss des Vertrauens	203
a) Geklärte Rechtslage	203
aa) Grundsätze	203
bb) Problemidentität mit Konnexität und Neuheit	204
cc) Kritik am objektiven Maßstab	205
(1) Gleichbehandlungsgrundsatz und Einheitlich- keit des Unionsrechts	206
(2) Bindungswirkung als Basis der Ungleich- behandlung	207
(3) Vermeidung territorialer Zersplitterung trotz „mitgliedstaatsbezogener“ Auslegung	207
(4) Keine Ungleichbehandlung/Zersplitterung durch objektiviert-subjektiven Maßstab	208
dd) Anwendung des allgemeinen Gutglaubensmaßstabs	209

b)	Weitere Umstände	210
5.	Die Vertrauenden	212
a)	Die betroffenen Verkehrskreise	213
b)	Mitgliedstaaten als Betroffene	214
c)	Kommission und Nicht-EU-Angehörige	216
6.	Zeitpunkt des guten Glaubens und des vertrauensrelevanten Verhaltens der Unionsorgane	216
a)	Ein Zeitraum bis zum Urteil	216
b)	Trittbrettfahrerproblematik	217
c)	Mehrere Phasen des guten Glaubens?	220
d)	Flexiblere Anknüpfung bei Beginn und Ende des guten Glaubens?	221
7.	Kein Kausalitätserfordernis	223
8.	Abschließendes Beispiel und Zwischenfazit – Die Rechtssache <i>Mangold</i>	223
III.	„Gefahr schwerwiegender wirtschaftlicher Auswirkungen“	224
1.	Zweck des Merkmals	225
2.	Doppelte Verknüpfung mit dem „Gutglaubensmerkmal“	226
3.	Beachtung der Auswirkungen auf alle Mitgliedstaaten	226
4.	„Wirtschaftliche Auswirkungen“	228
a)	Tatsächliche Reichweite der Auswirkungen	229
aa)	Mitgliedstaatliche Verfahrensautonomie	230
bb)	Abwälzung der Lasten	231
b)	Keine administrativen oder praktischen Schwierigkeiten	232
c)	Prüfung der Zahlen durch den Gerichtshof	233
5.	„Schwerwiegend“	234
a)	Zahlen aus den einschlägigen Sachverhalten	235
b)	Relativer Schwellenwert und Bezugspunkt	236
c)	Anzahl der betroffenen Fälle und Dauer des Verstoßes	239
d)	Konkretisierungsversuch	239
6.	„Gefahr“	242
7.	Kritik	243
C.	Unwirksamkeitsentscheidungen	245
I.	Wohlerworbene Rechte und Vertrauensschutz	247
1.	Vertrauenssituation	248
a)	Bezugspunkt des Vertrauens	248
b)	Verstärkung des Vertrauens durch zusätzliche Faktoren	250
c)	Keine Präklusion	250
d)	Erschütterung der Gültigkeitsvermutung	251
e)	Rechtsprechungsänderung	252
2.	Schützenswerte (Rechts-)Position	253
3.	Abstrakte Betroffenheit	255
4.	Betroffene	255

5.	Anzahl der betroffenen Rechtsverhältnisse.....	256
6.	Geltungsdauer und -zeitraum der aufgehobenen Norm.....	257
II.	Rechtssicherheitserwägungen im öffentlichen Interesse	259
1.	Stabilität des Haushaltsplans	260
2.	Gewaltenteilung/Beurteilungsspielräume anderer Organe/Gleichheitsgrundsatz	261
3.	Klage ist auf ein sachliches Mehr gerichtet (Verpflichtungssituation)	263
4.	Neue Wettbewerbsverzerrungen durch Rückabwicklung.....	264
5.	Völkerrechtliche Bindung	265
6.	Vermeidung einer Regelungslücke	267
a)	Keine Rechtswidrigkeit des hypothetischen Rechtsakts	268
b)	Wahrscheinlichkeit des Neuerlasses	269
c)	Schützenswerte Regelungsziele	272
aa)	Kontinuität von Harmonisierungsmaßnahmen und besonderen Projekten	272
bb)	Kontinuität der Besoldung von Unionsangestellten	274
cc)	Restriktive Maßnahmen in der GASP.....	275
d)	Verhältnis zur Gesetzesrückwirkung (Fallgruppe der Schließung einer Gesetzeslücke).....	277
e)	Ausnahme bei Art. 60 Abs. 2 EuGH-Satzung	279
III.	Abwägungsfeste Rechtsklarheit?	280
IV.	Abgrenzung zur Teilunwirksamkeit und besonderen Tenorierungsformen	282
1.	Unwirksamkeit folgt aus der zeitlich unbegrenzten Geltung....	283
2.	Unwirksamkeit ist auf die Vergangenheit beschränkt.....	285
3.	Unwirksamkeit beruht auf der Nichteinbeziehung vergan- gener Sachverhalte	285
4.	Vertrauensschutz durch sachliche Beschränkung der Unwirksamkeit.....	285
5.	Besondere Verfahrensarten und Tenorierungsformen.....	286
D.	Einheitlicher verfahrensübergreifender Maßstab?	287
E.	Die Ablehnung einer Rückwirkungsbeschränkung	291
F.	Rückwirkungsbeschränkung als Rechtspolitik?.....	291
§ 7	<i>Die Rechtsfolgenbestimmung der Rückwirkungsbeschränkung</i>	293
A.	Dogmatische Einordnung	294
I.	Nichtigkeitsklage: Aufrechterhalten materieller Wirkungen	295
II.	Auslegung und Auslegungsvorabentscheidung	297
1.	Wortlautanalyse teilweise unergiebig.....	297
2.	Klagbarkeitsbeschränkung	299

3.	Der Unterschied zu einer materiellen Beschränkung des Anwendungsbereichs („Anwendbarkeitsbeschränkung“)	302
4.	Vor- und Nachteile der <i>sui generis</i> -Lösung des EuGH	303
5.	Normativer Gehalt	304
6.	Auslegungsrückwirkungsbeschränkung in anderen Verfahrensarten	307
III.	Ungültigkeitsvorabentscheidung	308
1.	Grundsatz: Aufrechterhalten materieller Wirkungen	308
2.	Aussetzen der Wirkungen der Ungültigerklärung – Die Rechtssache <i>Régie Networks</i>	309
IV.	Gemeinsamkeiten bei Unwirksamkeit und Auslegung	310
1.	Keine Veränderung des Hauptsachetenor	311
2.	Negation einer Norm	311
3.	Keine Veränderung der Präjudizregeln	311
4.	Keine Veränderung der allgemeinen Regeln über die Kollision von Unionsrecht und mitgliedstaatlichem Recht	311
5.	Möglichkeit einer einheitlichen Dogmatik?	313
B.	Sachliche Reichweite	313
I.	Auslegungsentscheidungen	314
1.	Begrenzung auf einzelne Rechtsfrage	314
2.	Begrenzung auf abgeschlossene Sachverhalte	317
a)	Steuerrecht	318
b)	Soziale Leistungen	319
c)	Private (Dauer-)Schuldverhältnisse	320
II.	Unwirksamkeitsentscheidungen	321
1.	Aufrechterhalten aller Wirkungen	322
2.	Aufrechterhalten der Durchführungsmaßnahmen	322
3.	Aussetzen der Wirkungen der Ungültigerklärung	324
III.	Auswirkung auf Schadensersatzansprüche nach Art. 340 Abs. 2 AEUV und den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	325
1.	Auslegungsrückwirkungsbeschränkung	325
2.	Fortwirkungsanordnung	327
3.	Haftung der Mitgliedstaaten nach dem unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	327
C.	Zeitliche Reichweite	328
I.	Auslegungsentscheidungen	328
1.	Keine Übergangsfristen	328
2.	Tag des Urteils als Bezugspunkt	329
3.	Früherer Zeitpunkt bei „bestätigender Zweitauslegung“?	330
a)	Nachholung einer Rückwirkungsbeschränkung	331
aa)	Keine Änderung des früheren Urteils	331
bb)	Änderung der Rückwirkungsentscheidung	331

(1) Einzige relevante Fallgruppe im Vergleich zur sofortigen Beschränkung und ihre Rechtfertigung	332
(2) Widerspruch zur allgemeinen Dogmatik der Rechtsprechungsänderung	333
(3) Erkennbarkeit der zeitlichen Geltung einer bestimmten Auslegung.....	333
(4) Keine Gefahr für die Einheitlichkeit des Unionsrechts	333
(5) Faktische Zersplitterung und mangelnde Prozessbeteiligung	334
(6) <i>Ex post</i> -Betrachtung der wirtschaftlichen Folgen und Anrechnung des „Ersparthen“	337
cc) Ergebnis	338
dd) Alternative bei Verneinung der Nachholbarkeit: Unionaler Staatshaftungsanspruch.....	338
b) Übertragung früherer Rückwirkungsbeschränkungen	339
c) Erstauslegendes Urteil war keine Auslegungsvorlage	341
4. Zukünftiger Zeitpunkt	341
II. Unwirksamkeitsentscheidungen.....	346
1. Abgrenzung der erfassten Sachverhalte	347
a) Tag des Urteils als Bezugspunkt	347
b) Frühere Zeitpunkte	348
aa) Kein Anwendungsfall.....	348
bb) Keine Nachholbarkeit.....	348
cc) Übertragung früherer Rückwirkungsbeschränkungen	349
c) Spätere Zeitpunkte.....	350
aa) Nach dem Kalender bestimmter oder bestimmbarer Zeitpunkt.....	350
bb) Aufhebung des unwirksamen Rechtsakts.....	352
cc) Kombination von Ablauf des Rechtsakts und kalendermäßiger Maximalfrist.....	355
dd) Unbegrenzt?	355
2. Aufrechterhaltungsfrist	356
D. Personeller Geltungsbereich – Ausnahmen für die Parteien des (Ausgangs-)Rechtsstreits und/oder andere Rechtsbehelfsführer	357
I. Auslegungsentscheidungen.....	358
1. Individualrechtsschutz.....	359
2. Bedeutung für die Durchsetzung des Unionsrechts.....	361
3. Belohnung für die Kosten und Mühen der Klage; Klageanreize	362
4. Keine Entscheidungserheblichkeit.....	363
5. Einbeziehung anderer Rechtsbehelfsführer.....	364

6. Teleologisch begründete Ausnahmen; Trittbrettfahrerproblematik.....	365
II. Unwirksamkeitsentscheidungen.....	368
1. Nichtigkeitsklage	368
2. Ungültigkeitsvorlage	369
III. Unterschiede zwischen Ungültigkeitsvorlage, Nichtigkeitsklage und Auslegungsvorlage	371
IV. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs	372
1. Klage	373
2. Entsprechender Rechtsbehelf	373
3. Einzelfragen	375
4. Offenhalten zu Gunsten hoheitlicher Akteure?	376
E. Räumlicher Geltungsbereich	377
 § 8 <i>Besonderheiten für EuG und Fachgerichte</i>	380
A. Praktische Relevanz und Beschreibung des Instanzenzugs	380
B. Unwirksamkeitsverfahren	381
C. Fallübersicht für Auslegungsbeschränkung	381
D. Rechtsprechung des EuG als Aspekt des guten Glaubens	383
I. EuG als letzte Instanz	383
II. EuG als Eingangsinstanz	384
1. Urteil wird nicht rechtskräftig	384
2. Urteil wird rechtskräftig	385
E. Gewährung von Vertrauensschutz durch das EuG	386
F. Fachgerichte.....	387
 § 9 <i>Auswirkungen der Rückwirkungsentscheidung auf die anderen Unionsorgane</i>	388
A. Rückwirkung und Unionsverwaltungsrecht	388
B. Änderung der Rechtslage durch den Unionsgesetzgeber oder den Unionsverfassungsgeber	390
 Teil 4: Prozessrechtliche Fragestellungen	397
 § 10 <i>Allgemeines zur Rückwirkungsbeschränkung im Prozess vor dem EuGH</i>	397
A. Prüfungsstandort und Überschrift.....	397
B. Entscheidungsbegründung	399
C. Tenorierung	399
I. Notwendigkeit	400

II. Wortlaut und Inhalt.....	401
D. Kosten des Rechtsstreits.....	403
E. Rechtskraft.....	404
I. Rechtskraft der Hauptsacheentscheidung.....	404
II. Keine eigenständige Rechtskraft der Rückwirkungsentscheidung..	404
F. Das zweistufige Verfahren nach <i>Ludewig</i>	405
 § 11 <i>Das Erfordernis eines „Antrags“</i>	405
A. Dogmatische Einordnung	406
I. Normative Vorgaben	406
II. Keine Bindung des EuGH.....	406
III. Wortlaut uneinheitlich und untechnisch.....	407
IV. Verhältnis zum Streitgegenstand der Hauptsache.....	409
V. Schlussfolgerungen.....	409
B. Personelle Voraussetzungen.....	410
I. Beteiligte.....	410
II. Keine „Antragsbefugnis“	414
C. Hilfsantrag und inhaltliche Grenzen.....	414
I. Bedingung/Hilfsantrag.....	414
II. Inhaltliche Begrenzung.....	415
D. Formelle Anforderungen.....	416
 § 12 <i>Darlegung und Beweis der Tatbestandsvoraussetzungen</i>	417
A. Allgemeine Grundsätze zur Beweisführung im Unionsprozess	417
B. Grundsätze bei Rückwirkungsbeschränkungen.....	418
I. Feststellungslast	419
II. Belastung des Interessierten.....	419
C. Einzelheiten	420
I. Vertrauenstatbestand, insbesondere guter Glaube	423
II. Schwere wirtschaftliche Auswirkungen	424

Teil 5: Rückwirkungsbeschränkung und mitgliedstaatliches Recht.....428

§ 13 <i>Grundlagen</i>	429
A. Die Unionsrechtsbezogenheit der Rückwirkungsbeschränkung.....	429
B. Allgemeine Schranken	431
I. Rechts- oder Bestandskraft	432
II. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten.....	433
C. Kein grundsätzlicher Ausschluss nationalen Vertrauensschutzes	435

D. Nationaler Vertrauensschutz im Verhältnis zu den Kollisionslösungsmechanismen	437
I. Ausgangspunkt 1: Unterscheidung zwischen unmittelbar und mittelbar geltendem Unionsrecht	438
II. Ausgangspunkt 2: Keine Unterscheidung nach beschränkter und nicht beschränkter Rückwirkung oder nach der Verfahrensart	439
III. Ausgangspunkt 3: Keine Kollision, wenn das materielle Unionsrecht nationalen Vertrauensschutz zulässt	439
1. Beispiel: Sportwettenmonopol und Grundfreiheiten	439
2. Beispiel: Altersdiskriminierung und Chartagrundrechte	441
IV. Ausgangspunkt 4: Vertragsverletzung bei Überschreiten der unionsrechtlichen Grenzen	442
§ 14 <i>Rechtssicherheit und Vertrauensschutz als nationalverfassungsrechtliche Integrationsbeschränkung?</i>	442
A. Ausbrechende Rechtsakte/ <i>ultra vires</i> -Handlungen	442
B. Verfassungsidentität	444
C. Grundrechtsschutz und <i>Solange</i> -Rechtsprechung	444
I. <i>Solange</i> -Rechtsprechung	445
II. Übertragung auf das Judikativrückwirkungsverbot	446
1. Vertrauensschutz als grundrechtsrelevante Verfassungsgarantie	446
2. Vergleich des Schutzniveaus	447
3. Ergebnis	449
§ 15 <i>Unmittelbar anwendbares Unionsrecht</i>	450
A. Konformauslegung ohne Bedeutung	450
B. Grundsätze des Anwendungsvorrangs	451
C. Kollision von unmittelbar anwendbarem Unionsrecht und mitgliedstaatlichem Recht	452
I. Erforderliche Qualität der Kollision	452
II. Zeitliche Grenzen der Kollision	453
III. Direkte Kollision durch nationalen Vertrauensschutz	453
D. Temporäre Suspendierung des Anwendungsvorrangs, insbesondere die Rechtssache <i>Winner Wetten</i>	456
I. Suspendierung des Anwendungsvorrangs durch deutsche Verwaltungsgerichte	456
II. Die Entscheidung in der Rechtssache <i>Winner Wetten</i>	458
III. Analoge Anwendung von Art. 264 Abs. 2 AEUV	459
1. Lückenfeststellung	459
2. Lückenfüllung	460
a) Subjektiver Rechtsschutz	462

b) Einheitliche Anwendung und Wirkung des Unionsrechts	462
3. Zwischenergebnis	463
IV. Rechtsanalogie	463
1. Abwägung mit unionalen Interessen und Rechtsgrundsätzen...	466
2. Tatbestandsvoraussetzungen	466
a) Vertrauensschutz – Das Verhältnis zur Auslegungsrückwirkungsbeschränkung	467
b) Regelungslücke	470
c) Frustration der nationalen Wertungsentscheidung.....	474
V. Entscheidungsmonopol des Europäischen Gerichtshofs.....	477
§ 16 Mittelbar anwendbares Unionsrecht, insbesondere richtlinienkonforme Auslegung	479
A. Grundsätze der Konformauslegung	479
B. Grenzen	480
I. Zwei kumulative Grenzen.....	481
II. Reichweite eines unionalen Vertrauensschutzes	484
III. Die Gewährung von Vertrauensschutz als nationale Begrenzung der richtlinienkonformen Auslegung	487
1. Kein ausschließlich kompetenzielles Verständnis der Schranke	487
2. Mindestanforderung des Äquivalenzgrundsatzes.....	489
3. Modifikation des nationalen Vertrauensmaßstabs.....	489
a) Modifikation des Vorhersehbarkeitskriteriums	490
aa) In Bezug zum materiellen Recht.....	492
bb) In Bezug zur Methodenlehre	493
b) Vertrauensschutz zu Gunsten der öffentlichen Hand.....	495
c) Endzeitpunkt des nationalen Vertrauens	495
C. Zusammenfassung.....	497
§ 17 Staatshaftung als Ausgleich für enttäushtes Vertrauen?	497
A. Staatshaftungsansprüche bei der Gewährung von nationalem Vertrauensschutz.....	498
I. Unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch.....	498
II. Nationale Amtshaftungs- und Staatshaftungsansprüche	500
B. Staatshaftungsansprüche bei der Nichtgewährung von nationalem Vertrauensschutz.....	501
I. Unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch.....	501
1. Anwendung des bekannten Staatshaftungsanspruchs.....	502
a) Verletzung einer subjektiv-rechtlichen Norm.....	502
b) Hinreichend qualifizierter Verstoß.....	504

2. Anpassung der Anspruchsvoraussetzungen?	507
II. Nationale Amts- und Staatshaftungsansprüche	510
1. Die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts in der Rechtssache <i>Honeywell</i>	511
2. Bekannte Ansprüche	512
3. Voraussetzungen eines zu schaffenden Anspruchs	513
 Teil 6: Zusammenfassung der Ergebnisse	 515
 <i>Anhang I: Übersicht zu den Entscheidungen zur Rückwirkungs- beschränkung</i>	 519
A. Nichtigkeitsklage	519
B. Gültigkeitsvorabentscheidung	522
C. Auslegungsvorabentscheidung	523
D. Vertragsverletzung	527
 <i>Anhang II: Neue Rechtsakte bei Gefahr von Regelungslücken</i>	 528
 <i>Literaturverzeichnis</i>	 531
 <i>Sachregister</i>	 575

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	an aufgeführtem Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz/Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Lissabonner Fassung)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb
All ER	All England Law Reports
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbRB	Arbeits-Rechtsberater
ArbuR	Arbeit und Recht
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
B&C Int	Benefits & Compensation International
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
BE	Begründungserwägung
begr.	begründet
BetrAV	Betriebliche Altersversorgung
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BTR	British Tax Review
Bull.Int.Tax.	Bulletin for International Taxation
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

bzw.	beziehungsweise
CamLJ	Cambridge Law Journal
CMLRev	Common Market Law Review
d.h.	das heißt
Dalloz	Recueil Dalloz Sirey, jurisprudence
DB	Der Betrieb
DB-SR	Der Betrieb - Status: Recht
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EAS	Europäisches Arbeits- und Sozialrecht
EBL	European Business Law
EBLR	European Business Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Amsterdamer Fassung)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Maastrichter Fassung)
EJLS	European Journal of Legal Studies
EJML	European Journal of Migration and Law
EJRR	European Journal of Risk Regulation
EL	Ergänzungslieferung
ELRep	European Law Reporter
ELRev	European Law Review
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ErfKomm	Erfurter Kommentar
ERPL	European Review of Public Law
ET	European Taxation
EU	Europäische Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH-Satzung	Satzung des Europäischen Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europarecht
EurLJ	European Law Journal
EurPubL	European Public Law
EUV	Vertrag über die Europäische Union (Lissabonner Fassung)
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht
f., ff.	folgende (Singular/Plural)
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FG	Festgabe
FJ	Finanz Journal
Fn.	Fußnote(n)
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/Generalanwältin
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
GewArch	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
GLJ	German Law Journal
GmbHR	GmbH Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
HdStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HLR	Harvard Law Review
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
i.E.	im Einzelnen
i.e.S.	im engeren Sinne
i.Erg.	im Ergebnis
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
IJ	The Irish Jurist
IJCL	The International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations
IJEL	Irish Journal of European Law
ILJ	Industrial Law Journal
InfAusIR	Informationsbrief Ausländerrecht
insb.	insbesondere
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrecht
IStR	Internationales Steuerrecht
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts
JBl	Juristische Blätter
JIBFL	Journal of International Banking and Finance Law
JJZ	Jahrbuch Junger Zivilrechtswissenschaftler
JLSS	Journal of the Law Society of Scotland
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JudRev	Juridical Review